K 4 vorgelegten E-Mails. Eine erneute Vorlage dieser Dokumente als elektronische Abschrift der Verwaltungsakte ist daher entbehrlich.

Es trifft zu, dass die Antragsgegnerin beabsichtigt, der Antragstellerin den Zutritt zur Gedenkstätte zu verwehren, sofern sie erneut versucht, das Betreten des Geländes mit dem Tragen einer Kufiya zu verbinden. In einem solchen Fall würde ein weiteres Hausverbot ausgesprochen werden.

Der Hinweis der Antragstellerin, das ursprüngliche Hausverbot sei mangels Rechtsbehelfsbelehrung nicht bestandskräftig, ist für die Antragsgegnerin nicht nachvollziehbar. Das als Anlage K 2 vorgelegte Schreiben hatte sich bereits am Tag seiner Ausstellung um 22:00 Uhr erledigt. Eine Anfechtungsklage war somit nicht mehr möglich, sodass auch keine Belehrung über Rechtsbehelfe erforderlich war. Die Frist des § 74 Abs. 1 VwGO war nicht einschlägig; allenfalls kam die Frist des § 58 Abs. 2 VwGO in Betracht.

Die E-Mail der Antragstellerin vom 15.07.2025 (Anlage K 3) verdeutlicht, dass es ihr beim Tragen der Kufiya auf dem Gelände der Gedenkstätte primär darum geht, diesen Ort der Erinnerung und des Gedenkens für politische Zwecke zu instrumentalisieren. Die mit der Kufiya verbundenen Botschaften, insbesondere die Infragestellung des Existenzrechts Israels, werden von der Antragstellerin bewusst ausgeblendet.

Die Antragsgegnerin hat sich in ihrer Antwort vom 22.07.2025 (Anlage K 4) eingehend mit dem Vorbringen der Antragstellerin auseinandergesetzt. Dabei wurde berücksichtigt, dass das Tragen der Kufiya – auch wenn es von der Antragstellerin als Ausdruck antifaschistischer Solidarität dargestellt wird – von anderen Besucher:innen als Provokation empfunden werden kann, die geeignet ist, das Gedenken an die Opfer zu relativieren. Die Antragschrift selbst zeigt, dass es der Antragstellerin nicht allein um antifaschistische Symbolik geht, sondern um eine gezielte politische Stellungnahme gegen Israel – und dies an einem Ort, an dem zehntausende Juden ermordet wurden.

Die als Anlage K 1 vorgelegte interne Handreichung stellt eine verwaltungsinterne Orientierungshilfe dar, die den Mitarbeitenden der Gedenkstätte eine Entscheidungshilfe im Einzelfall bieten soll. Sie entfaltet keine unmittelbare Bindungswirkung gegenüber der Antragstellerin und ist nicht zur Veröffentlichung bestimmt. Eine politische Positionierung im Kontext des Nahostkonflikts ist damit nicht verbunden. Dass das Dokument dennoch in einen weiteren Verteiler gelangt ist, war ein Fehler.

Die Antragsgegnerin betont, dass Kritik an der israelischen Regierung, etwa an der Siedlungspolitik oder dem Vorgehen im Gazastreifen, legitim ist. Sie wird jedoch dann antisemitisch aufgeladen, wenn sie dazu dient, die Shoah zu relativieren oder deren Opfer zu diskreditieren. Eine solche Instrumentalisierung kann die Antragsgegnerin auf dem Gelände der Gedenkstätte Buchenwald nicht dulden.

Die Antragsgegnerin tritt dem Antrag daher entschieden entgegen.

2 Rechtliche Würdigung

Der Antrag ist zwar zulässig, jedoch unbegründet. Die Antragstellerin hat das Bestehen eines zu sichernden Rechts nicht hinreichend glaubhaft gemacht.

Gemäß § 123 Abs. 2 Satz 1 VwGO kann das Gericht eine einstweilige Anordnung zur Sicherung eines Rechts treffen, wenn die Gefahr besteht, dass durch eine Veränderung des bestehenden Zustands die Verwirklichung eines Rechts vereitelt oder wesentlich erschwert wird. Hierfür sind sowohl ein Anordnungsanspruch als auch ein Anordnungsgrund glaubhaft zu machen.

Wird – wie hier – mit der begehrten Entscheidung die Hauptsache vorweggenommen, sind besonders hohe Anforderungen an die Glaubhaftmachung zu stellen. Ein solcher Eingriff ist nur dann gerechtfertigt, wenn ein hoher Grad an Wahrscheinlichkeit für den Erfolg in der Hauptsache besteht und dem Antragsteller andernfalls schwere, unzumutbare und nicht anders abwendbare Nachteile drohen.

Gemessen an diesen Maßstäben hat die Antragstellerin keinen Anordnungsanspruch glaubhaft gemacht. Ein Erfolg in der Hauptsache erscheint nicht überwiegend wahrscheinlich. Vielmehr ist das Verbot des Tragens der Kufiya rechtmäßig.

Im Einzelnen:

2.1 Kein Verstoß gegen Artikel 5 Abs. 1 GG

Das von der Antragsgegnerin ausgesprochene Verbot, auf dem Gelände der Gedenkstätte Buchenwald eine Kufiya zu tragen, stellt keine unzulässige Einschränkung der durch Artikel 5 Abs. 1 GG geschützten Meinungsfreiheit dar. Zwar ist die Meinungsfreiheit ein zentrales Grundrecht, das für die freiheitlich-demokratische Grundordnung konstitutiv ist. Sie ist jedoch nicht schrankenlos gewährleistet. Ihre Grenzen ergeben sich insbesondere aus den allgemeinen Gesetzen sowie aus den Rechten Dritter, namentlich kollidierenden Grundrechten.

Im vorliegenden Fall ist die Einschränkung durch das Hausrecht der Antragsgegnerin gedeckt, das sich aus dem Stiftungszweck und den einschlägigen gesetzlichen Grundlagen ergibt. Die Gedenkstätte Buchenwald ist ein Ort des historischen Gedenkens, der politischen Bildung und der Aufarbeitung nationalsozialistischer Verbrechen. Sie dient dem Schutz der Würde der Opfer (§ 2 Abs. 1 Thüringer Gesetz über die Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora i.V.m. § 1 Abs. 1 Thüringer Gesetz zum Schutz der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora sowie § 15 Abs. 2 Nr. 2 VersG). Das Hausrecht umfasst das Recht, den Zutritt zu regeln und bei Störungen einzuschreiten. Die Hausordnung konkretisiert dieses Recht und untersagt ausdrücklich das Tragen von Symbolen, die dem Stiftungszweck widersprechen.

Die Kufiya ist – insbesondere in der gegenwärtigen politischen Lage – ein Symbol, das objektiv geeignet ist, als Ausdruck einer politischen Haltung gegen Israel und gegen das Existenzrecht des jüdischen Staates verstanden zu werden. Historisch ist die Kufiya seit der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur mit antijüdischen und antiwestlichen Positionen verknüpft. Durch die Symbolpolitik Jassir Arafats wurde sie weiter aufgeladen und steht seit den 1960er Jahren auch in Deutschland für den militanten Widerstand gegen Israel und den Zionismus.

Seit den antisemitischen Mobilisierungen nach dem 07. Oktober 2023 wird die Kufiya verstärkt mit dem Streben nach der Vernichtung Israels und der Ausgrenzung jüdischer Menschen assoziiert. Die Antragsgegnerin hat in ihrer internen Handreichung (Anlage K 1) nachvollziehbar dargelegt, dass das Tragen der Kufiya in der aktuellen Lage als politische

Kundgabe verstanden werden kann, die geeignet ist, das Gedenken zu stören und die Opfer zu instrumentalisieren.

Die Maßnahme der Antragsgegnerin ist auch unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit gerechtfertigt:

Geeignetheit: Das Verbot ist geeignet, den Stiftungszweck zu schützen und Störungen auf dem Gelände zu vermeiden.

Erforderlichkeit: Mildere Mittel sind nicht ersichtlich. Eine Aufklärung vor Ort oder ein „Disclaimer“ durch die Antragstellerin wäre praktisch nicht umsetzbar und würde einen stärkeren Eingriff in ihre Meinungsfreiheit darstellen, da ihr damit eine bestimmte Interpretation ihrer Äußerung aufgezwungen würde.

Angemessenheit: Das Verbot stellt einen verhältnismäßig geringen Eingriff in die Meinungsfreiheit dar, da der Antragstellerin der Zutritt zur Gedenkstätte nicht verwehrt wird. Sie wird lediglich aufgefordert, ein bestimmtes Symbol nicht zu tragen. Demgegenüber steht das hohe Gut der Menschenwürde der Opfer, deren Schutz im Zentrum des Stiftungszwecks steht.

Die Würde der Opfer, derer auf dem Gelände gedacht wird, ist durch das Tragen eines Symbols, das mit der Vernichtung Israels in Verbindung gebracht wird, in besonderem Maße betroffen. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass andere Besucher:innen sich durch das Symbol provoziert fühlen, was zu weiteren Störungen des Gedenkens führen kann.

Die Abwägung der widerstreitenden Grundrechte fällt zugunsten des Schutzes der Menschenwürde aus. Die Antragsgegnerin folgt insoweit der zutreffenden Einschätzung des Gerichts im Schreiben vom 04.08.2025, wonach die Einschränkung der Meinungsfreiheit der Antragstellerin hinter dem Schutz der Würde der Opfer zurückzutreten hat.

2.2 Kein Verstoß gegen das Willkürverbot aus Artikel 3 Abs. 1 GG

Ein Verstoß gegen das Gleichbehandlungsgebot aus Artikel 3 Abs. 1 GG liegt ebenfalls nicht vor. Das Willkürverbot ist verletzt, wenn wesentlich Gleiches willkürlich ungleich oder wesentlich Ungleiches willkürlich gleich behandelt wird. Eine solche Konstellation ist vorliegend nicht gegeben.

Die Antragstellerin rügt, dass Mitarbeitende der Gedenkstätte Anstecker mit der israelischen oder ukrainischen Nationalflagge getragen hätten und sieht hierin eine Ungleichbehandlung. Diese Argumentation greift jedoch nicht durch. Die Hausordnung der Antragsgegnerin untersagt das Tragen von Symbolen, die nach objektiver Betrachtung den Grundwerten und dem Stiftungszweck widersprechen. Kleine Pins, die die offizielle Flagge eines völkerrechtlich anerkannten Staates zeigen, erfüllen diese Voraussetzungen nicht. Sie stellen keine politische Stellungnahme dar, sondern dokumentieren allenfalls eine persönliche Verbundenheit mit einem Staat, dessen Existenz nicht zur Disposition steht.

Eine Befürwortung militärischer Maßnahmen, etwa im Gazastreifen, ist mit dem Tragen eines solchen Ansteckers nicht verbunden. Die Antragstellerin hingegen beabsichtigt, ein Symbol zu verwenden, das in der aktuellen politischen Lage objektiv als Ausdruck einer israelfeindlichen Haltung verstanden werden kann und das Existenzrecht Israels negiert.